

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtags
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 15.11.2016

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag.^a Regina Petrik, Manfred Kölly, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung eines Beschlusses mit dem der Gesamtbericht des Jugendlandtages zur Kenntnis genommen wird.

Der Landtag wolle beschließen:

Beschluss

**des Burgenländischen Landtages vom _____
mit dem der Gesamtbericht des Jugendlandtages zur Kenntnis
genommen wird.**

Der Landtag hat beschlossen:

Der Gesamtbericht des Jugendlandtages vom 10. November 2016 wird zur Kenntnis
genommen.



BURGENLÄNDISCHER LANDTAG

**Gesamtbericht
des
JUGENDLANDTAGES
vom
10. November 2016**

Im Jahr 2016 fand der insgesamt siebente Jugendlandtag statt. Die dazu notwendigen Rahmenbedingungen wurden in der Präsidialkonferenz des Burgenländischen Landtages beraten. Für die Durchführung und komplette Abwicklung war die Landtagsdirektion des Burgenländischen Landtages verantwortlich.

Mit Schreiben vom 22. Juni 2016 wurden die im Burgenländischen Landtag vertretenen Parteien aufgefordert, entsprechend dem Ergebnis der letzten Landtagswahl, Nominierungen vorzunehmen.

Die Besetzung gliedert sich daher wie folgt:

SPÖ 15 Mandate, ÖVP 11 Mandate, FPÖ 6 Mandate, GRÜNEN 2 Mandate und die Liste Burgenland ebenfalls 2 Mandate.

Ebenso wurde wieder vereinbart, dass sich der Jugendlandtag in zwei Schwerpunkte gliedern soll. Der erste Teil war die Fragestunde, dabei wurde an jedes Mitglied der Burgenländischen Landesregierung eine Haupt- und zwei Zusatzfragen gestellt.

Im zweiten Teil waren vier Anträge zur Diskussion, die die Jugendabgeordneten erarbeitet haben.

Zwecks Vorbereitung der inhaltlichen Schwerpunkte des Jugendlandtages fand am 22. Oktober 2016 im Landhaus, in Eisenstadt, das Vorbereitungsseminar statt.

Für den ersten Teil, die Fragestunde, wurden durch freies Ziehen von Losen, sieben Gruppen gebildet. Seitens der Landtagsdirektion wurde im Vorfeld festgelegt, welche Gruppe an welches Mitglied der Landesregierung eine Haupt- und zwei Zusatzfragen erarbeiten muss. Das Thema der Anfrage mussten sich die Jugendabgeordneten selbst erarbeiten, jedoch waren Sie an die Referatseinteilung der Burgenländischen Landesregierung gebunden. Ebenso war es jeder Gruppe selbst überlassen, die Fragesteller zu nominieren.

Beim zweiten Teil, erarbeiten von vier Themenschwerpunkten mit gezielten Forderungen, wurden wieder durch freies Ziehen von Losen, vier Gruppen gebildet. Hier war die Vorgabe, dass ein Thema nur einmal verwendet werden kann.

Dabei wurden folgende Themenkomplexe gewählt:

Gruppe 1: Mobilität für Jugendliche im Burgenland

Gruppe 2: Digitalisierung

Gruppe 3: Attraktivierung des Standortes Burgenland für Gesundheitspersonal und PatientInnen

Gruppe 4: Bildung

Da auch im „normalen“ Landtag Abänderungsanträge möglich sind, wurde mit den Jugendabgeordneten vereinbart, dass bis Montag, den 7. November 2016, 15 Uhr, das Einbringen von Abänderungsanträgen möglich ist. Dabei muss jeder Abänderungsantrag von „vier“ Jugendabgeordneten unterstützt sein.

Fristgerecht sind daher zu folgenden Anträgen Abänderungsanträge eingelangt:

zum Antrag Mobilität für Jugendliche im Burgenland,

zum Antrag Attraktivierung des Standortes Burgenland für Gesundheitspersonal und PatientInnen und

zum Antrag Bildung.

Beim Jugendlandtag am 10. November wurden nunmehr folgende inhaltliche Themen (Anträge) beschlossen:

Teil 1: Mobilität für Jugendliche im Burgenland

Onlineformular für die Förderung des Semestertickets

In Zeiten der Digitalisierung ist es vor allem im Sinne der Jugendlichen, Behördenwege zu entbürokratisieren. Aus gegebenem Anlass fordern wir die Schaffung einer Onlineplattform über die die Abwicklung des Förderantrags für das Semesterticket durchgeführt werden kann. Dies würde zeitlichen Aufwand für die Studierenden erheblich minimieren.

50 Prozent Semesterticketförderung aller Gemeinden

Das Land Burgenland fördert bereits seit längerem 50 Prozent des Semestertickets. Einige Gemeinden leisten ebenfalls einen zusätzlichen Beitrag, jedoch nicht alle. Aufgrund dessen fordern wir den burgenländischen Landtag auf, einen Appell an alle Gemeinden zu richten, die übrigen 50 Prozent der Kosten zu übernehmen. Jene Gemeinden, die einen Fixbetrag von 50 Euro beschlossen haben, sollen aufgefordert werden die Förderung auf 50 Prozent der Kosten abzuändern.

Ausbau des Top-Jugendtickets

Die burgenländische Landesregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Top-Jugendticket für alle österreichischen Jugendlichen unter 26 Jahren, wie auch im Regierungsabkommen aus dem Jahr 2013 festgehalten wurde, umgesetzt wird. Dies soll vor allem Studentinnen und Studenten ermöglichen um sechzig Euro durch ganz Österreich zu pendeln.

Führerschein muss leistbar werden

Da gravierende Unterschiede zwischen den Preisen der einzelnen Fahrschulen bestehen und es kaum möglich ist, diese untereinander zu vergleichen, fordern wir Transparenz. Die verpflichtende Offenlegung aller Kosten von der Grundausbildung bis zum Abschluss der Mehrphasenausbildung soll Abhilfe schaffen Jugendliche über die entsprechenden Angebote zu informieren. Wir fordern daher eine unabhängige Onlineplattform auf der die Angebote der einzelnen Fahrschulen im Burgenland übersichtlich dargestellt werden und vergleichbar sind.

Optimierung und Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes

Wir fordern die Erhaltung beziehungsweise den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel speziell im Südburgenland. Zusätzlich soll die Möglichkeit eines „Gemeindebusses“ für fehlende Busverbindungen zum nächstgelegenen Bahnhof in Betracht gezogen werden. Diese sollen gegebenenfalls vom Land gefördert werden.

Teil 2: Digitalisierung

Die Digitalisierung ist eine gesellschaftliche Querschnittsmaterie, die in Zukunft all unsere Lebensbereiche umspannen wird. Hier müssen wir Vorbildwirkung zeigen und dürfen anderen nicht beim Fortschritt zusehen. Da dieser Themenbereich vor allem Jugendliche betrifft und auch die breite Gesellschaft auf die zukünftigen Entwicklungen vorbereitet werden muss, fordern wir von der burgenländischen Landesregierung folgende Punkte umzusetzen.

- Internet und WLAN
 - Flächendeckender Breitbandausbau
 - Kostenlose Hotspots an öffentlichen Plätzen, mit Schwerpunkt auf Schulen, Parks und öffentliche Einrichtungen. Außerdem in Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs.
- Start Ups
 - Geförderte Co-Working-Spaces in Bezirkshauptstädten, wie zum Beispiel in Technologiezentren oder Bezirkshauptmannschaften für StartUps.
 - Jugend Innovations-Wettbewerb mit Förderungen für innovative Ideen.
- Bildung
 - Ausbildung für Schüler, Lehrlinge und Studierende angleichen an die Digitalisierung. Bis zur 5. Schulstufe spielerisches Heranführen und ab der 5. Schulstufe im Zuge eines Wahlfaches in den Schulen.

- E-Government
 - Behördengänge sollen digital abwickelbar sein. (Semesterticketantrag ,Amtswegen, Initiativen)
- Digitalisierungskoordinator
Anlaufstelle für Betroffene der Digitalisierung, wie zum Beispiel ArbeiternehmerInnen, UnternehmerInnen,

Teil 3: Attraktivierung des Standortes Burgenland für Gesundheitspersonal und PatientInnen

„wurde nicht beschlossen“

Teil 4: Bildung

Bildung ist gesellschaftspolitisch eines der wichtigsten Themen. Vor allem Jugendliche müssen sich zwangsläufig mit Bildung befassen. Dabei gibt es unterschiedliche Bildungswege, die eingeschlagen werden können: Von Schule über Lehre sind aber in etlichen Bereichen Verbesserungen und Adaptierungen notwendig.

Lehrlingsoffensive 2.0

Immer noch hat die Lehre in der Gesellschaft ein eher negativ verankertes Bild. Daher müssen etliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Lehrausbildung aufzuwerten. Angesetzt werden kann dabei bereits in der Unterstufe. Dort muss die Berufsorientierung adaptiert werden und auf die Vorteile von Lehrberufen aufmerksam gemacht werden.

Fakt ist, dass auch immer weniger Betriebe Lehrlinge ausbilden. Vor 20 Jahren bildeten im Burgenland noch 1.500 Betriebe Lehrlinge aus, 2015 sind es lediglich 780. Hier schlägt der Vorarlberger Ausbildungsfond in die richtige Kerbe. Bei diesem Ausbildungsfond zahlen Betriebe 0,24 Prozent der Bruttolohnsumme ein und erhalten Prämien, wenn sie Lehrlinge in ihrem Betrieb ausbilden. Auch im Burgenland muss solch ein Ausbildungsfond endlich realisiert werden, damit die Lehrlingszahlen nicht weiterhin sinken. Denn es gäbe auch im Burgenland genügend Betriebe, die Lehrlinge ausbilden könnten, sich aber ihrer Verantwortung entziehen. Daher würde solch ein Ausbildungsfond jene Betriebe belohnen, die Lehrlinge ausbilden, und jene die Pflicht nehmen, die sich dagegen wehren.

Eine weitere Initiative fürs Burgenland wäre die Schaffung von neuen Berufsfeldern im Lehrlingsbereich. In den kommenden Jahren werden neue Berufsbilder von Nöten sein. Daher müssen jetzt Lehrgänge, die sich beispielsweise auf Energie, Nachhaltigkeit, EDV, Soziales und Umwelt fokussieren, geschaffen werden. Dazu muss aber auch die Infrastruktur an den Lehrwerkstätten und in den Berufsschulen selbst adaptiert werden. Denn es fehlen oft moderne Unterrichtsmittel und dringend nötige Ausstattungen, wie moderne Computerprogramme und Smartboards.

Weiters gibt es für viele Berufsbilder zu wenig Ausbildungsplätze. Daher ist auch zu bedenken, dass zum Beispiel jungen Asylberechtigten der Zugang zur Lehrausbildung weiterhin erschwert wird. Aus diesem Grund soll sich der burgenländische Landtag ihren Kompetenzen entsprechend dafür einsetzen, für diese den Zugang zu erleichtern und junge Geflüchtete für Lehrberufe zu begeistern.

Eine relevante Thematik für Lehrlinge sind oft auch die Ausbildungs-, und Internatsplätze. Die Infrastruktur dieser ist noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Daher soll der burgenländische Landtag Maßnahmen ergreifen, um Ausbildungsplätze zu modernisieren und diese auch in Energiefragen nachhaltig auszustatten. Ziel wäre bis 2020 Ausbildungsstandorte mit Photovoltaikanlagen und anderen erneuerbaren Energiemethoden aufzurüsten. Weiters sollen auch für Lehrlinge finanzielle Erleichterungen geschaffen werden, da diese Internatskosten oft selbst übernehmen müssen. Hierbei soll sich der Landtag und Nationalrat für flächendeckende Übernahmen einsetzen.

Ein weiteres Anliegen ist die pädagogische, fachliche und methodische Weiterbildung der Auszubildenden. Die gegenwärtige Ausbildungsdauer beträgt einmalig 40 Stunden, ist daher oft unzureichend und entspricht nicht den modernen Methoden. Daher soll auch diese Weiterbildung ausgebaut und modernisiert werden, um Lehrberufe auch auf dem neuesten Stand zu halten. Diese soll in regelmäßigen Abständen stattfinden und neue Inhalte bieten.

Daher fordert der burgenländische Jugendlandtag:

- Die Einführung eines flächendeckenden Ausbildungsfonds nach Vorarlberger Vorbild
- Die Schaffung eines Fokus auf die Lehrberufe bei der Berufsorientierung
- Den Ausbau der Infrastruktur in den Berufsschulen und Lehrwerkstätten
- Die Entwicklung neuer Berufsbilder bei der Lehrlingsausbildung im Bereich Soziales, Umwelt, EDV, Energie und Nachhaltigkeit
- Die Erleichterung des Zugangs zur Lehre für Asylberechtigte
- Die Aufrüstung von Ausbildungsstandorten mit erneuerbaren und nachhaltigen Energiemethoden
- Die Übernahme von Internatskosten
- Die verpflichtende Weiterbildung für Auszubildende

Schule

Auch im Schulbereich sind einige Updates von Nöten. Das betrifft vor allem veraltete Unterrichtsmethoden. Auch hier müssen neue Möglichkeiten geschaffen werden, wie zum Beispiel die Erweiterung des schulischen Rahmenprogramms in den Bereichen Nachhaltigkeit, Soziales und EDV. Jugendliche sollen auf die heute digitalisierte Arbeitswelt vorbereitet sein und bestmöglich ausgebildet werden. Grundvoraussetzung bleibt dabei aber, dass allen SchülerInnen der freie Zugang zum Internet und zu technischen Geräten gewährt wird.

Weiters sollen neue Schulprojekte in diesen Bereichen initiiert und gefördert werden. Schon in der Schule soll Bewusstsein im Energie-, und Nachhaltigkeitsbereich geschaffen werden und ein jährlicher Preis für etwaige Projekte an Schulklassen überreicht werden.

Daher fordert der burgenländische Landtag:

- Die Modernisierung von Unterrichtsmethoden und Infrastruktur an den Schulen
- Erweiterung des schulischen Rahmenprogramms in den Bereichen Nachhaltigkeit, Soziales und EDV
- Die Initiierung eines Wettbewerbs an den burgenländischen Schulen für die besten Projekte im Bereich Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit. Die Preise sollen jeweils den SchülerInnen der Schulklassen zu Gute kommen.